

wie die definitive römische Stellungnahme aussehen wird. Würde sie nicht wesentlich über das von der Glaubenskongregation 1982 Angemerkte hinausgehen, hätten es die Befürworter einer engeren Kirchengemeinschaft mit Rom in den anglikanischen Kirchen um einiges schwerer. Gleich wie die Überlegungen der Lambeth-Konferenz von 1988 ausfallen werden: Sie haben für die einzelnen Provinzen der Anglikanischen

Gemeinschaft nur den Charakter von *Empfehlungen*. Die Provinzen sind in ihren Entscheidungen autonom, wie sich nicht zuletzt bei der Frauenordination gezeigt hat. Auch in bezug auf die *Bischofsweihe für Frauen* ziehen die Provinzen nicht am gleichen Strang: Bisher wurde in keiner der Kirchen, die die Frauenordination praktizieren, eine Frau zum Bischof geweiht. Die Bischöfe der Anglikanischen Kirche in Kanada erklärten allerdings im

Juni 1986, es gebe keine rechtlichen oder theologischen Hinderungsgründe für die Weihe einer Frau zum Bischof. Im März hatte erst ein Treffen der leitenden Bischöfe der Anglikanischen Gemeinschaft stattgefunden, bei dem an die Kirchen die dringende Bitte ergangen war, keine Frau zum Bischof zu weihen, bevor nicht das Thema auf der Lambeth-Konferenz 1988 diskutiert worden sei. U. R.

Die „Wende“ kam ganz anders

Österreich nach den Wahlen

Die Wahlen zum Nationalrat haben ein Ergebnis gebracht, das zwar eine in den großen Parteien angestrebte große Koalition fast zwingend, aber das Regieren keineswegs leichter macht. Sie haben erst einmal beide neben inneren Schwächen eine große Vertrauenskrise in der Bevölkerung zu überwinden. Und der Zwang zur Zusammenarbeit in Form von Machtteilung eröffnet demagogischen Opponenten wie dem neuen FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider ein ideales Terrain. Dennoch gibt es gegenwärtig zur großen Koalition kaum eine Alternative, nachdem sich die SPÖ gegen die FPÖ festgelegt hat. Eine Koalition von ÖVP und FPÖ hätte es vermutlich ihrerseits noch um einiges schwerer als ein Bündnis von SPÖ und ÖVP, schon weil „bürgerliche“ Sanierungspolitik mit härterem Widerstand der Gewerkschaften rechnen müßte.

Die konservative „Wende“ ist in Österreich nicht in dem angekündigten Sinn eingetreten. Anders als etwa in Frankreich oder auch in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Sozialdemokraten zuletzt in Hamburg eine besonders schwere Niederlage erlitten, stellt die Sozialistische Partei in Österreich auch weiterhin die stärkste Fraktion im Parlament: Mit 80 Mandaten (bisher 90) liegt sie knapp vor der ÖVP, die sich mit 77 Sitzen (bisher 81) zufriedengeben mußte, während die Freiheitliche Partei Österreichs 18 Mandate errang (bisher 12) und die Grünen auf Anhiieb acht Sitze gewannen. Für die christdemokratische ÖVP ist dieser Wahlausgang nach wie vor ein schmerzlicher Schock, denn nach 16 Jahren sozialistischer Regierungsmacht und nach den vielen Pannen und Pleiten, die die kleine Koalition von SPÖ und FPÖ in jüngster Zeit zu verantworten hatte, schien der Machtwechsel zum Greifen nahe. „Das mußte eine Partei erst zusammenbringen, gegen diese SPÖ zu verlieren“, höhnte der ehemalige Generalintendant des Österreichischen Rundfunks, *Gerd Bacher*, den die ÖVP im Sommer nicht vor seiner Abwahl durch die SP-FP-Allianz im ORF zu schützen vermochte: „Einen so maroden Gegner

wird der liebe Gott der ÖVP kein zweites Mal schenken.“

Warum der Führungsanspruch der ÖVP von den österreichischen Wählern nicht akzeptiert worden ist, darüber rätseln seit dem Wahltag viele Politologen und Kommentatoren, auch manche Meinungsforscher, die vergeblich die Blamage ihrer falschen Prognosen zu bemängeln suchen. Als Ursachen des überraschenden Wahlausganges am 23. November schälen sich aber inzwischen immer deutlicher mehrere Faktoren heraus:

Vranitzky rettet die SPÖ

Eine Schlüsselrolle spielte gewiß der Entschluß der sozialistischen Parteispitze im Juni, einen Tag nach der SP-Niederlage bei der *Waldheim-Wahl* dem Rücktritt des unpopulären Bundeskanzlers *Fred Sinowatz* zuzustimmen. An seiner Stelle wurde der bisherige Finanzminister *Franz Vranitzky* in das Amt des Kanzlers berufen. Damit kam ein Mann an die Spitze der Bundesregierung in Wien, der fern aller sozialistischen Visionen eines *Bruno Kreisky* ein nüchterner Pragmatiker ist.

Dieser Gegensatz wurde vor einer breiten Öffentlichkeit deutlich, als Kreisky noch während des Wahlkampfes in Österreich herumreiste und in überfüllten Sälen, in einer Atmosphäre, die nostalgischen Weihstunden glich, seine alten Stehsätze beschwor: „Lieber ein paar Millionen Schulden als tausend Arbeitslose mehr!“ Zur gleichen Zeit vertrat Kanzler Vranitzky in sozialistischen Wahlversammlungen ein ganz anderes Konzept, wobei von Sozialismus nur noch am Rande die Rede war: Eine „ehrliche Politik“ sei notwendig, sagte Vranitzky immer wieder mit besonderer Betonung, ein *eiserner Sparkurs*, im verstaatlichten VÖEST-Konzern gebe es keine andere Möglichkeit als zehntausend Arbeitnehmer „freizusetzen“, mit einem Wort: Man dürfe nichts versprechen, was man nicht halten könne.

Das Wahlergebnis mit dem Verlust von 10 der bisher 90 sozialistischen Mandate im österreichischen Parlament zeigt, mit welchen gemischten Gefühlen dieses Konzept gerade in sozialistischen Wählerschichten aufgenommen wurde. Prof. *Egon Matzner*, der vor Jahren das gegenwärtige Parteiprogramm der SPÖ entworfen hat und der sich mittlerweile als Institutsdirektor nach Berlin absetzte, erinnerte in einem Zeitungsartikel nach der Wahl daran, daß die Versicherung Vranitzkys, nichts zu versprechen, was man nicht halten könne, wörtlich einer Wahlrede Keynes' vom Mai 1929 entnommen ist, die sich an die Adresse der damaligen konservativen britischen Regierung richtete: „Wir versprechen nicht mehr, als was wir halten können. Deshalb versprechen wir gar nichts mehr.“

Trotzdem hat sich das Risiko für die SPÖ gelohnt: Nur durch diese *abrupte Abkehr von alten sozialistischen Formeln* konnte Kanzler Vranitzky die relative Mehrheit für seine Partei knapp behaupten, die vor der Wahl bei vielen Beobachtern schon als verloren gegolten hatte. Mit anderen Worten: Nur dadurch, daß sich die SPÖ als flexibel genug erwies, die konservative Wende in ihren eigenen Reihen und unter dem Firmenschild der Sozialistischen Partei zu vollziehen, gelang es ihr, den Machtwechsel zugunsten der Österreichischen Volkspartei zu verhindern.

Marode ÖVP

Für die Volkspartei war es verhängnisvoll, daß sie die radikal geänderte Strategie und Taktik der Sozialisten nicht rechtzeitig in ihrer vollen Bedeutung erkannte. Obwohl es dem Spitzenkandidaten der ÖVP bei Fernsehdiskussionen schwerfiel, die konservative, die „rechte“ Argumentation von Franz Vranitzky überzeugend zu widerlegen, tat die ÖVP während des Wahlkampfes so, als hätte sich in der SPÖ ohnehin nichts verändert. Dazu kam noch, daß *Alois Mock*, dem Bundesparteiobmann der ÖVP, jenes „Mehr“ an Überzeugungskraft und Ausstrahlung fehlte, das einen Umschwung der politischen Gewichte in Österreich unausweichlich gemacht hätte. Zaghafte stellen jetzt, nach der Wahl, einige führende ÖVP-Politiker überdies die Frage, ob der Erfolg von Kurt Waldheim bei den Präsidentschaftswahlen im Juni nicht am Ende ein Pyrrhus-Sieg für die eigene Partei gewesen ist.

Jetzt, nachträglich, stellt sich außerdem heraus, daß der Apparat der Volkspartei auf einen Wahlkampf im Herbst gar nicht eingestellt war. So fehlten zu Beginn des von den Sozialisten überraschend vorverlegten Wahlkampfes nicht nur Plakate und Flugzettel, sondern es war auch kein Konzept vorhanden, wie man denn diese entscheidende Schlacht schlagen sollte. Einmal mehr zeigte sich damit, daß die Volkspartei in ihrer ganzen Struktur und Konzeption im Grunde genommen keine Oppositionspartei ist. Durch die österreichische Sozialpartnerschaft auf vielfache Weise auf den guten Willen der Gewerk-

schaft und der Arbeiterkammern angewiesen und durch vielfältige Rücksichten mit deren Interessen verflochten, gab es in diesem Wahlkampf in den Reihen der ÖVP genug bürgerliche Kräfte, die paradoxerweise vor einem „allzu starken Erfolg“ ihrer eigenen Partei zitterten. Diese bürgerlichen „Krenreiber“, wie sie wohl nicht zufällig wenige Tage vor der Wahl vom Generalsekretär der Industriellenvereinigung, *Herbert Krejci*, mit einem deftigen Dialektausdruck bezeichnet wurden, haben somit allen Grund, bei der Kritik ihres Parteiobmannes auch den eigenen Anteil an dieser Niederlage zu bedenken.

Besonderen Einfluß auf das Wahlergebnis hatte schließlich der Entschluß der SPÖ, die ungeliebte kleine Koalition mit der FPÖ aufzukündigen, nachdem FP-Parteiobmann *Norbert Steger* durch einen Coup des Kärntner FP-Obmannes *Jörg Haider* gestürzt worden war. Norbert Steger war es durch seine gefinkelte Politik gelungen, sich der SPÖ unentbehrlich zu machen und auf diese Weise die FPÖ zum ersten Mal seit 1945 als Regierungspartei zu etablieren. Steger wurde gerade in der sozialistischen Propaganda als „liberaler Politiker“ gerühmt, während durch seinen fast grenzenlosen Opportunismus die Freiheitliche Partei von einer Wahlniederlage zur anderen stolperte, so daß das Ende der Partei gekommen schien.

Große Koalition: günstiges Terrain für Haider

Mit *Jörg Haider* übernahm ein ganz anderer Typ die Führung der FPÖ. Auch er ist opportunistischen Wendungen durchaus zugetan, doch vermag er diese seine „Flexibilität“ durch eine beachtliche rhetorische Begabung zu überdecken, die *handfeste Demagogie* durchaus nicht scheut. Jörg Haider fiel – als Sechzehnjähriger – zum ersten Mal im Jahr 1966 bei einem Turnerfest in Innsbruck auf, als er einen Rednerwettbewerb unter dem signifikanten Titel „Sind wir Österreicher Deutsche?“ gewann. Das Trauma der Deutschnationalen in Österreich hatte der 1950 im oberösterreichischen Bad Goisern geborene junge Mann am Beispiel seines Vaters erfahren: Er war illegaler Nationalsozialist und ging in den 30er Jahren über die „grüne Grenze“ nach Bayern, um von dort aus in der „Österreichischen Legion“ für die Heimholung der Ostmark durch Adolf Hitler zu kämpfen. Nach dem Ende des Tausendjährigen Reiches landete Haider senior beim Verband der Unabhängigen (VdU), dem Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten nach dem Krieg. Später wurde Vater Haider von der FPÖ, der kleinen Nachfolgeorganisation des VdU, als Bezirkssekretär übernommen.

Als Jörg Haider, aus diesem Milieu kommend, an der Universität Wien das Jus-Studium aufnahm, wandelte er sich schnell zum *städtischen Liberalen*. Später bot sich dem jungen Juristen unerwartet der Einstieg in die Poli-

tik an, als die Kärntner FPÖ einen Landespartei sekretär suchte. Haider übersiedelte nun nach Kärnten und setzte sich dort bald an die Spitze der „nationalen Front“. Eine Ironie dieser Karriere ist es, daß just der spätere deutsch-nationale Präsidentschaftskandidat *Otto Scrinzi* von seinem Kärntner Grundmandat verdrängt wurde, um Haider Platz zu machen. Und nach den Nationalratswahlen 1983 fand sich plötzlich der Kärntner FP-Landesrat *Ferrari-Brunnenfeld*, der Mentor von Jörg Haider, als Staatssekretär nach Wien abgeschoben, während Haider die Funktion eines Landesrates in der Kärntner Landesregierung übernahm.

Auf dieser Bühne präsentierte sich Haider in der Folge als „der Jörg, der sich was traut“, er forderte den schier allmächtigen sozialistischen Landeshauptmann von Kärnten, *Leopold Wagner*, immer wieder heraus und dezimierte die ohnehin zwergwüchsige Kärntner ÖVP. Bei den Kärntner Landtagswahlen verzeichnete er einen triumphalen Erfolg und legte damit den Grundstein für seine Machtübernahme in der Gesamtpartei, die beim FPÖ-Parteitag in Innsbruck im September 1986 erfolgte. Norbert Steger wurde abgewählt, der 36jährige Jörg Haider als sein Nachfolger begeistert gefeiert.

Als geschickter Taktiker erkannte Haider, daß er nur dann über den engen Kreis der traditionellen FP-Wähler hinausgelangen könnte, wenn es ihm gelingen würde, das Potential der Protestwähler anzusprechen. In dieser Erkenntnis begann er systematisch gegen die tatsächlich beklagenswerte Parteibuchwirtschaft in Österreich zu wettern, er zeigte die zum Teil wirklich unverständlichen Privilegien hoher Polit-Funktionäre auf und beschäftigte sich mit den Fehlleistungen jener „*Filzokratie*“, die in Österreich in bestimmten Lebensbereichen eine traurige Realität darstellt.

Auf diese Weise gelang es Haider, die Stimmenzahl der FPÖ fast zu verdoppeln und die Zahl der freiheitlichen Mandate von 12 auf 18 zu erhöhen. Noch nie seit ihrer Gründung ist der FPÖ ein derartiger Wahlerfolg beschieden gewesen.

Dieses Wahlergebnis, das wenig mit einer „neonazistischen Anfälligkeit“ in Österreich zu tun hat, kompliziert die politische Situation in der Alpenrepublik noch zusätzlich. Denn nüchterne Politiker erkennen die Gefahr, daß eine *große Koalition*, die aufgrund der großen, schwer lösbaren Probleme des Landes von vielen als einzige realistische Möglichkeit angesehen wird, für den Volkstribun Jörg Haider ein schlechthin ideales Terrain für weitere Wahlerfolge darstellen würde. Daher fordern die ÖVP-Landeshauptleute in jenen Bundesländern, in denen Jörg Haider besondere Erfolge erzielt hatte, eine *Konzentrationsregierung* nach dem Beispiel der Schweiz, um auch die Freiheitlichen und die Grünen in die Regierungsverantwortung einzubinden.

Akute Glaubwürdigkeitsprobleme

Die Sozialisten stehen diesen Bemühungen skeptisch gegenüber. Sie trauen Jörg Haider nicht und haben sich auf eine große Koalition mit der ÖVP festgelegt. Bundespräsident Waldheim hat mittlerweile Bundeskanzler Franz Vranitzky beauftragt, die Verhandlungen über die Regierungsbildung aufzunehmen. Die ersten Gesprächsrunden zwischen Vranitzky und Mock über die Bildung einer großen Koalition haben stattgefunden. Die Sorge führender Politiker in den Bundesländern vor Jörg Haider ist aber damit keineswegs zerstreut. In der ÖVP fürchtet man, daß sich Alois Mock als zu schwach gegenüber seinen sozialistischen Gesprächspartnern und als zu farblos, zu defensiv gegenüber dem populistischen Tausendsassa Jörg Haider erweisen könnte. So ist es bereits zu einem „Putschversuch“ von den Ländern, vor allem von den Steirern, gegen Alois Mock in der ÖVP gekommen, der fürs erste niedergeschlagen werden konnte. Damit ist zugleich die Aussicht, in der Volkspartei nach dem Beispiel der SPÖ eine neue Spitzengarnitur installieren zu können, zunichte gemacht worden. Der Gegensatz zwischen jenen in der ÖVP-Führung, die auf den *status quo* setzen, und den Kräften, die eine *Parteireform* fordern, ist aber damit nicht beseitigt. Die innerparteiliche Krise erscheint nur prolongiert. Auch in der SPÖ ist die Grundsatzdiskussion, die durch die vier Wahlgänge des Jahres 1986 immer wieder hinausgeschoben wurde, ausständig. Die Regierungsverhandlungen, die in beiden großen Parteien von andauernden Appellen zur Einheit und Geschlossenheit „um der Sache willen“ begleitet werden, dürften diesen überfälligen Klärungsprozeß noch weiter hinauszögern.

Damit ergibt sich die akute Gefahr, daß auch in den nächsten Wochen und Monaten nichts geschehen wird, um den Verfall der politischen Kultur und die Demontage der ideellen Grundlagen der Demokratie in Österreich wirksam zu bekämpfen. Umfragen zeigen, daß schon jetzt eine Mehrheit von Österreichern die Politiker für unglaubwürdig, ja für korrupt hält. Hier liegen die realen Bedrohungen der rot-weiß-roten Alpenrepublik, nicht in der nazistischen Gespensterbeschwörung, in der sich ausländische Zeitungen nun schon seit Monaten gefallen, wenn sie über österreichische Vorgänge berichten.

Nur eine *durchgreifende Reform der österreichischen Demokratie*, ein Abbau der Parteibuchwirtschaft, eine Verstärkung des Persönlichkeitswahlrechtes, der Ausbau der direkten Demokratie können der um sich greifenden Politikverdrossenheit entgegenwirken und neue Zuversicht geben. Ob die große Koalition dies zustande bringt, ist fraglich. Da sich aber bisher keine Alternative dazu abzeichnet, ist mit der Rückkehr zu dieser Regierungsform nach 20 Jahren Pause zu rechnen.

Fritz Csoklich